

Drucksache Nr.:
12072-08-E1

An den
Vorsitzenden des Schulausschusses

03.06.2008

Gemeins. Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt

Sitzungsart:	Stellungnahme	TOP-Nr.:
öffentlich		5.9
Gremium:		Beratungstermin:
Schulausschuss		04.06.2008

Tagesordnungspunkt

Ganztag an Gymnasien und Realschulen

Sehr geehrter Herr Diekneite,

die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN bitten unter dem o.g. TOP um Beratung und Abstimmung des folgenden Antrags:

Der Schulausschuss stellt fest:

1. Mit dem in den 90er Jahren in Dortmund begonnenen Aufbau und nun mit 7000 Plätzen vollendeten Ausbau des Offenen Ganztagschulangebotes an unseren Grund- und Förderschulen hat Dortmund zum wiederholten Male landesweit einen Spitzenplatz für innovative Schulentwicklung errungen.
2. Der Schulausschuss sieht die Notwendigkeit und befürwortet ausdrücklich, dass in Fortsetzung der Entwicklung im Primarbereich neben den Gesamtschulen auch in anderen Schulformen die Ganztagschule etabliert werden muss.
3. Der Schulausschuss stellt fest, dass das Programm der Landesregierung zum Ausbau des Ganztags an Gymnasien und Realschulen sowohl finanziell als auch inhaltlich völlig unzureichend ist. Es ist der hilflose Versuch, den Druck aus der missglückten Verkürzung der Schulzeit auf zwölf Jahre beim Turbo-Abi zu nehmen und es damit zu rechtfertigen. Außerdem dient das Programm der Stabilisierung des bisherigen mehrgliedrigen Schulsystems.
4. Der Schulausschuss befürwortet stattdessen perspektivisch eine längere gemeinsame Schulzeit über das vierte Schuljahr hinaus.

5. Im Sinne dieser Zielsetzung werden die Gelder des Landesprogramms zum Ausbau eines Ganztagsangebots an Gymnasien und Realschulen vorrangig dort eingesetzt, wo sich Kooperationsmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen Schulformen ergeben. Diese Kooperationen können darüber hinaus dazu beitragen, die unzureichende finanzielle Ausstattung zum Teil zu kompensieren.
6. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Schulen über die genannte Zielsetzung zu informieren und bei der Erarbeitung entsprechender Konzepte sowie der Antragsstellung zu unterstützen. Die Verwaltung sucht darüber hinaus nach Möglichkeiten, wie der entsprechende kommunale Anteil erbracht werden kann.
7. Der Schulausschuss stellt fest, dass weitergehende Planungen und Zielsetzungen zur Entwicklung der kommunalen Schullandschaft notwendig sind. Diese sollen im Rahmen der Beratungen zum Dortmunder Bildungsbericht und dem angekündigten Aktionsplan Bildung und Erziehung konkretisiert werden.

Begründung:

Zum Aufbau von Ganztagsschulangeboten an Gymnasien und Realschulen plant die Landesregierung, ab dem Schuljahr 2009/2010 in jeder Stadt und in jedem Kreis an je **einem Gymnasium** und **einer Realschule** mit **einer Klasse** 5 zu beginnen.

Das sind maximal 60 Schülerinnen und Schüler in Dortmund, die vielleicht zum Schuljahr 2009 in eine Ganztagsklasse gehen können. Bei knapp 23.000 Schülern an Realschulen und Gymnasien in Dortmund sind das ganze 0,26 Prozent. Bei zurzeit 14 Gymnasien sowie 14 Realschulen in Dortmund wird nach dieser Vorgabe des Landes der Ganztagsausbau erst zum Schuljahr 2023/24 abgeschlossen sein.

Ein Investitionszuschuss von bis zu 100.000 € pro Schule soll dann gezahlt werden, wenn die Kommune Mittel in gleicher Höhe investiert. Zusätzlich will das Land für alle Halbtagschulen der Sekundarstufe I Mittel für eine pädagogische Übermittagsbetreuung zur Verfügung stellen.

Die Initiative der Landesregierung zum Ausbau eines Ganztagsangebots an Gymnasien und Realschulen ist sowohl finanziell als auch inhaltlich unzureichend.

Die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel reichen für einen sachgerechten Ganztagsausbau nicht aus. Die Landesregierung verweigert mit ihrem Programm außerdem jede Diskussion um eine notwendige und von Bildungsexperten geforderte strukturelle Veränderung des Schulsystems.

Obwohl die Fördersumme für die Ganztagsinvestitionen an Gymnasien und Realschulen geradezu lächerlich ist, sollte die Stadt die 200.000 Euro vom Land in Anspruch nehmen, das Geld dann allerdings vorrangig dort einsetzen, wo sich Kooperationsmöglichkeiten und perspektivisch Möglichkeiten eines Zusammenwachsens der unterschiedlichen Schulformen ergeben.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Ulrike Nolte

F.d.R.:

Monika Greve

Mit freundlichen Grüßen
gez. Barbara Blotenberg

F.d.R.:

Stefan Neuhaus